

### Schuldenbremse, Fiskalpakt und Spar-/Kürzungspolitik

- Die GEW lehnt es grundsätzlich ab, dass Arbeitnehmer/innen für die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsverschuldung zahlen sollen, die sie in keiner Weise verantworten. Wir verurteilen die ökonomisch und sozial schädlichen Sparauflagen gegen Arbeitnehmer/innen Europas, die diesen aufgezwungen werden, um die Forderungen der Banken und Finanzanleger zu bedienen, und fordern ihre Rücknahme. Besonders junge Menschen sind durch Arbeitslosigkeit von dieser Politik betroffen. Dies hat Folgen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung. Ihnen werden dadurch nachhaltig Perspektiven und Chancen verbaut. Es muss Schluss sein mit der Umverteilungspolitik von unten nach oben. Die öffentlichen Haushalte dürfen nicht länger herangezogen werden, die Spekulationsverluste der Banken und Finanzanleger auszugleichen.

Die GEW lehnt deshalb die Unterwerfung der öffentlichen Haushalte unter das Diktat der Schuldenbremse und die daraus resultierende Spar- und Kürzungspolitik in den öffentlichen Haushalten ab. Die GEW fordert die Aufhebung der Schuldenbremse.

Die Bildungsausgaben müssen deutlich erhöht werden, anders ist ein sozial gerechtes und qualitativ hochwertiges Bildungssystem nicht finanzierbar. Die GEW fordert das Recht auf freie Tarifverhandlungen auch im öffentlichen Dienst – dies bedeutet, dass Tarifrecht Vorrang haben muss vor Haushaltsrecht.

- Wir solidarisieren uns mit dem Kampf aller Kolleginnen und Kollegen in Europa gegen das Diktat der EU und der Finanzmärkte, gegen die Abwälzung der Schuldenlasten auf die Arbeitnehmer/innen, für den Erhalt ihrer demokratischen und sozialen Errungenschaften, der Kollektivverträge und der Tarifautonomie, für das Recht auf Bildung, Ausbildung und Arbeit, auf tarifvertraglich und gesetzlich geschützte Arbeitsverhältnisse.

Solidarität mit den Kolleg/innen in Europa heißt für uns, uns gegen die zu wenden, die diese Politik in ganz Europa vorantreiben wollen. Die GEW fordert deshalb die Annullierung des Fiskalpaktes und des ESM. Beide Verträge sind die zentralen Instrumente, um die drohenden Verluste der Banken und Finanzanleger auf die Bevölkerung abzuwälzen und in Europa die Spar- und Kürzungspolitik, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Lohnsenkungen und damit verbunden letztlich den Bildungsabbau durchzusetzen. Sie provozieren gleichzeitig neue Konflikte in Europa.

Die GEW tritt ein für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm in Europa, das

gezielte Investitionen in Bildung, nachhaltige Energien und Industrien, Dienstleistungen und Infrastruktur ermöglicht.

- Die GEW tritt für handlungsfähige Sozialstaaten ein, die sowohl über eine ausreichende und solide Einnahmehasis verfügen als auch in der Lage sind, kreditfinanziert investiv tätig zu sein. Die GEW hat dazu ein eigenes Steuerkonzept als Diskussionsgrundlage vorgeschlagen, das in der Summe bundesweit Mehreinnahmen von 79,5 Mrd. Euro bringt.
- In den letzten Jahren wurden Körperschaftsteuer und der Spitzensatz der Einkommensteuer massiv gesenkt. Das führte zu Steuerausfällen für das Gemeinwesen in Höhe von jährlich nahezu 50 Mrd. Diese Steuern müssen wieder – wie in unserem Konzept gefordert – drastisch angehoben werden.

Das gesamte Geldvermögen in Deutschland beträgt etwa fünf Billionen Euro. Auf das oberste Zehntel der Haushalte entfällt die Hälfte davon. Die Reichen müssen mit einer Sonderabgabe deutlich zur Senkung der Staatsschuld beitragen. Die Vermögenssteuer muss – wie in unserem Steuerkonzept gefordert – wieder eingeführt werden.

Die Banken drehen trotz ihrer tiefsten Krisenerfahrungen seit 1945 weiterhin mit möglichst wenig Eigenkapital möglichst große Krediträder. Die Verluste laden sie auf den Staat ab. Deshalb muss das Eigenkapital der Banken deutlich angehoben werden.

Spekulative Finanzgeschäfte wie handelbare Kreditausfallversicherungen ohne Deckung (CDS), Refinanzierungsmittel risikobehafteter Kreditforderungen (CDOs) oder die sog. Leerverkäufe müssen verboten werden.

Wenn schon eine Mehrwertsteuer, dann auch auf Finanzprodukte, nicht nur auf Brot. Die dazu im Steuerkonzept der GEW enthaltene Steuer muss eingeführt werden.

Anstelle von „Rettungsschirmen“ und Strukturanpassungsprogrammen müssen Hilfsprogramme aufgelegt werden, die den Ausbau bzw. Wiederaufbau des Öffentlichen Sektors beinhalten.

Wenn wir nicht wollen, dass die Krisenlasten einseitig auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt werden, brauchen wir z.B. einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der (wenigstens für Alleinstehende) keine Hartz-IV-Aufstockung mehr nötig macht. Wir brauchen die Erhöhung des Hartz IV-Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro, eine deutliche Arbeitszeitverkürzung in Richtung 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich sowie eine auskömmliche Mindestrente, und zwar nicht erst mit 67, sondern bereits mit 60 Jahren.

Wir fordern eine europaweite Ausbildungs- und Übernahmegarantie für junge Menschen.

- Die GEW verteidigt das Recht der Kolleg/innen auf Tarifforderungen für Einkommensverbesserungen und das Recht der Gewerkschaften auf freie

Tarifverhandlungen für diese Forderungen, gestützt auf gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, um ein demokratisches Gleichgewicht zwischen den verhandelnden Parteien zu erlauben. Tarifrecht muss Vorrang vor Haushaltsrecht behalten. Die GEW fordert außerdem grundsätzlich unbefristete Normalarbeitsverhältnisse für alle Beschäftigten im Bildungsbereich.

- Die GEW hält fest an der Forderung 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Hochschulen und Forschung auszugeben und fordert die Beseitigung der jahrelangen Unterfinanzierung der gesamten öffentlichen Bildung. Deshalb tritt die GEW dafür ein, dass die Sparpolitik gestoppt und die Schuldenbremse aufgehoben wird. Es gibt insbesondere keinerlei Spielraum für Stellenstreichungen im Bildungsbereich.

Die GEW tritt ein für die volle Ausfinanzierung des Rechts und der Garantie:

- auf einen Kitaplatz für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr
- den Ausbau der Ganztageschule
- einer qualifizierten Schul- und Berufsausbildung für alle Schüler/innen und Jugendliche
- eines Studienplatzes für alle Studienwilligen.

Die GEW tritt ein für die Rücknahme/Annullierung

- der Troika-Programme gegen die Arbeitnehmer und Völker Europas
- des Fiskalpakts und des ESM.

Die GEW organisiert zur Bundestagswahl 2013 und für die Zeit danach eine Kampagne "UmSteuern". Ziele der Kampagne sollen sein:

- die Reregulierung der Geldpolitik (Vorschriften zu den Finanzprodukten, Eigenkapital, Haftung etc.)
- die Verkleinerung und Reduzierung der Banken (Verhinderung von „too big to fail“)
- eine Wende in der Steuerpolitik, um eine ausreichende finanzielle Basis für die gesellschaftlichen Aufgaben unter öffentlicher Kontrolle zu haben (z.B. durch Gesetzesinitiativen für die Re-Aktivierung der Vermögenssteuer, einer Revision der Erbschaftssteuer etc.)
- die Verteidigung öffentlicher Güter und demokratischer und sozialer Errungenschaften.